

Ca. 31.5.2017

Die Vorsitzende des Rundfunkrates
29. Mai 2017

TELEFON (030) 97 99 3-10011
TELEFAX (030) 97 99 3-10059
E-MAIL gremiengeschaeftsstelle@rbb-online.de

**Programmbeschwerde gegen die Ausstrahlung des Tatorts
„Dunkelfeld“ am 11. Dezember 2016 im Ersten**

Sehr geehrter Herr

der Rundfunkrat des **rbb** hat sich in seiner Sitzung am 11. Mai 2017 mit Ihrer Programmbeschwerde befasst, die mit Schreiben vom 21. Januar 2017 beim Rundfunkrat eingegangen ist. Der Befassung des Rundfunkrates ist eine eingehende Beratung der Sache im Programmausschuss vorausgegangen.

Im Ergebnis hält der Rundfunkrat Ihre Beschwerde für unbegründet und weist sie zurück.

Begründung

In Ihrer Beschwerde kritisieren Sie, der **rbb** habe mit der Ausstrahlung des Tatorts „Dunkelfeld“ gegen den Rundfunkstaatsvertrag und gegen den Jugendmedienschutz-Staatsvertrag verstoßen. Der Fernsehfilm enthalte exzessive Gewaltdarstellungen, die insbesondere mit dem Schutz der Menschenwürde nicht vereinbar seien und einen Beitrag zur Verrohung sowohl jugendlicher Zuschauer als auch für Teile der Gesellschaft leiste.

Der Rundfunkrat teilt Ihren Vorwurf nicht.

**RUNDFUNKRAT DES
RUNDFUNK
BERLIN-BRANDENBURG**

MASUREHALLEE 8 - 14
14057 BERLIN
TELEFON (030) 97 99 3-1000
TELEFAX (030) 97 99 3-1005
www.rbb-online.de/rundfunkrat

Der Tatort „Dunkelfeld“ wurde bereits im Vorfeld von der Jugendschutzbeauftragten des rbb geprüft und als unbedenklich eingestuft. Nach § 4 Nr. 5 Jugendmedienschutz-Staatsvertrag sind Angebote unzulässig, die grausame oder sonst unmenschliche Gewalttätigkeiten gegen Menschen in einer Art schildern, die eine Verherrlichung oder Verharmlosung solcher Gewalttätigkeiten ausdrückt oder die das Grausame oder Unmenschliche des Vorgangs in einer die Menschenwürde verletzenden Weise darstellt. Menschenwürde verlangt einen respektvollen Umgang mit dem Menschen. Der Einzelne darf nicht zum bloßen Objekt gemacht werden. Dass die Darsteller im Tatort „Dunkelfeld“ zu Objekten gemacht würden, vermag der Rundfunkrat vorliegend nicht zu erkennen. Vielmehr empfinde der Zuschauer Mitgefühl mit den Opfern von Gewalt. Zudem wurden keine konkreten Gewalthandlungen gezeigt.

RUNDFUNKRAT
DES RUNDFUNK
BERLIN-BRANDENBURG

Die von Ihnen kritisierten Szenen sind immer wieder durch andere Erzählstränge unterbrochen, wie zum Beispiel durch die Szenen der Bar-Mitzwa-Feier für den Sohn der Kommissarin Nina Rubin. Durch dieses Wechselspiel entfaltet der Tatort keine verstörende Wirkung.

Der Rundfunkrat folgt somit der Auffassung, dass diese in einem extrem harten und brutalen Milieu spielende fiktive Geschichte auch dargestellt werden muss, um glaubwürdig zu sein.

Insgesamt kann der Rundfunkrat keine Gewaltdarstellung erkennen, die sich von anderen „Tatorten“ unterscheidet. Die „Bösen“ sind eben keine Sympathieträger, weshalb keine Identifikation zu erwarten ist und somit auch kein Beitrag zur Verrohung der Gesellschaft geleistet wird.

Vorliegend kann der Rundfunkrat keine Verstöße gegen einen im rbb-Staatsvertrag normierten Programmgrundsatz erkennen und weist Ihre Programmbeschwerde daher als unbegründet zurück.

Freundliche Grüße

Friederike von Kirchbach
Vorsitzende des rbb-Rundfunkrates